Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1949

Nr. 295 — Sonntag, den 19. Dezember 1926 — 21. Jahrgang

Das Weihnachtsgeschenk des Reichstages.

Sturz der Reichsregierung.

Berlin, 17. Dezember.

Die politische Aussprache an dem gestrigen Tage brachte eine Rede des Demokraten Dr. Haas und des sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken, der manches von dem wieder gut machte, was Scheidemann am Tage vorher gründlich verdorben hatte. Er führte am Schlusse seiner Rede aus: Erklärungen der Regierung, daß Beziehungen der Reichswehr zu den Selbstschutzverbänden verboten sind, genügen uns nicht, wir verlangen als Sofortprogramm, daß diese Verbote endlich durchgeführt werden.

Zu Geßler haben wir in dieser Beziehung kein Vertrauen mehr.

Auch die Erklärung, daß Geldspenden an die Reichswehr der Genehmigung des Ministers bedürfen sollen, genügt uns nicht.

Die Reichswehr hat gar keine Geldspenden anzunehmen.

(Zustimmung bei den Soz.) Wie bescheiden wir sind, ergibt sich daraus, daß wir Kontrolle des Heeresersatzes nur durch Zivilpersonen unter Beseitigung der unteren Verwaltungsbehörden verlangen. Verbindung der Reichswehr mit dem Reichsbanner hat Löbe niemals gefordert. Wenn die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument gegen Angriffe auf den Staat sein soll, muß sie auch die Hoheitszeichen des Reiches achten. Ich glaube nicht an einen neuen Weltkrieg. Man kann allerdings darüber verschiedener Meinung sein. Zum Kriegführen wird die Reichswehr aber niemals etwas taugen. Sie ist im besten Falle eine Ergänzung der Polizei. Die Verhandlungen über das Investigationsprotokoll, auf die Dr. Wirth gestern Bezug genommen hat, werden um so schneller und günstiger verlaufen, je mehr das Ausland sich überzeugt, daß die innere Politik Deutschlands mit Genf und Thoiry im Einklang steht.

Ich freue mich übrigens der gegenwärtigen starken Stellung Stresemanns.

So ungeschoren ist noch kein Außenminister aus Verhandlungen heimgekommen. (Heiterkeit.)

Der Redner begründet dann das Verlangen seiner Fraktion, daß die Regierung zurücktrete. Wochenlang habe der Reichskanzler mit den Sozialdemokraten verhandelt, bis Dr. Scholz ihn desavouiert habe. Deshalb hatten die Sozialdemokraten kein Vertrauen mehr und glaubten, die personellen und sachlichen Garantien für eine Neubildung der Regierung durch den Rücktritt der bisherigen schaffen zu müssen.

Abg. Graf Reventlow polemisiert gegen Genf, Stresemann und die Republik, die eine Kronkolonie des internationalen Kapitals sei.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.): Den Vorwurf der Illoyalität, den der Abg. Müller-Franken den Regierungsparteien, und insbesondere der Deutschen Volkspartei gemacht hat, muß ich ganz entschieden zurückweisen. Im interfraktionellen Ausschuß ist allerdings über die Möglichkeit einer Verbreiterung der Regierungsbasis gesprochen worden,

ohne daß aber die Deutsche Volkspartei eine Bindung nach irgendeiner Seite eingegangen ist.

Die allgemeine Haltung in diesem interfraktionellen Ausschuß war sogar die, daß nicht einmal eine Verpflichtung seitens der Regierungsparteien eingegangen wurde, in jedem Falle zuerst mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen einzutreten. Ich kann für diese völlig einwandfreie Feststellung die sämtlichen in jener Besprechung anwesenden Herren als Zeugen anrufen (Abg. Wels (Soz.): Wir haben soeben etwas anderes gehört!) Daher war für uns das Resultat: Keine Bindung weder nach links noch nach rechts! Ich darf ferner den Abg. Müller selbst als Zeugen dafür anrufen, daß ich ihm in loyaler Weise unmittelbar nach meiner Rückkehr aus Ostpreußen davon Mitteilung gemacht habe, mit der Bitte, diese Mitteilung an seine Fraktion weiterzugeben. (Abg. Müller nickt mit dem Kopf.) Er bestätigt mir das! Wenn ich mich in Insterburg skeptisch darüber geäußert habe, ob die Verhandlungen über die große Koalition erfolgreich verlaufen würden, so ist das meinen Wählern gegenüber mein gutes Recht, das ich mir von niemand hier im Reichstage bestreiten lasse. Endlich scheint mir auch nach der Richtung die gestrige Rede Scheidemanns den Beweis erbracht zu haben, daß ich auch mit dieser Prophezeiung nicht ganz unrecht gehabt habe.

Abg. Dr. Schwarz-Berlin, einer der kürzlich aus der Partei ausgeschlossenen Kommunisten, beginnt mit den Worten:

„Wir wilden Kommunisten",

was große Heiterkeit in dem stark gefüllten Hause hervorruft. Er erklärt die Munitionssendungen aus Rußland mit dem kapitalistischen Wiederaufbau in Rußland. Klara Zetkin hat vor einem Jahr Hindenburg ein Militärbündnis mit Sowjetrußland angeboten. Die kommunistische Parteizentrale hat eine stille Koalition mit der Cuno-Regierung gehabt. Wenn das die Werktätigen und die kleinen Sparer und die Aufwertungsgläubiger wüßten, um deren Gunst eben Höllein buhlt. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Scholem (linker Komm.) gibt unter allgemeiner Heiterkeit die Erklärung ab, daß die anderen Mitglieder der kommunistischen Opposition die Ausführungen des Vorredners ablehnen.

Abg. Erkelenz (Dem.) stellt gegenüber dem Abg. Dr. Scholz fest, daß die Abrede des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten vom Zentrum und den Demokraten gebilligt wurde, daß allerdings Dr. Scholz Widerspruch erhoben habe.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Beratung der einzelnen Haushalte. Beim Auswärtigen Amt soll auch die Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" besprochen werden.

Abg. Stöcker (Komm.) stellt fest, daß zuerst ein großes Geschrei gegen die „D. A. Z." erhoben wurde, daß dann ein leises Säuseln im Ausschuß folgte, und daß anscheinend jetzt Totenstille im Plenum herrsche. Es handle sich hier um einen politischen Betrug allererster Ordnung. Stresemann gehöre deshalb vor den Gerichtshof. Der sozialdemokratische Abg. Müller habe seit April d. J. von dem Ankauf der „D. A. Z." gewußt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Kommunisten.)

Beim Reichsministerium des Innern begründet der Abg. Stücklen (Soz.) einen gemeinsamen Antrag seiner Fraktion und der Mittelparteien zur Förderung der Beamtenerholungsheime anstatt insgesamt 100 000 M. nur 75 000 Mark einzusetzen. Der Antrag Stücklen wird gegen die Stimmen einiger Beamtenvertreter angenommen.

Die Regierungsparteien beantragten ferner, die in der zweiten Lesung auf 48 Millionen erhöhte Summe für das „Sofortprogramm" zugunsten der Ostgebiete wieder auf 41 Millionen Mark herabzusetzen. Dazu erklärte

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold,

er müsse seine Ausführungen aus der zweiten Lesung hier wiederholen und dringend um die Annahme dieses Antrages bitten, sonst sei es der Regierung nicht möglich, den finanziellen Anforderungen nachzukommen, die an sie gestellt würden. Darauf wird dieser Antrag der Regierungsparteien mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Zum Nachtragshaushalt wird eine Entschließung von Guerard (Zentr.) angenommen, die eine ähnliche Unterstützung wie für die Ostgebiete auch für die besetzten oder besetzt gewesenen Gebiete des Westens verlangt.

Angenommen wird eine Entschließung der Regierungsparteien, die Regierung solle darauf hinwirken, daß die den Beamten gewährte Beihilfe in entsprechender Weise auch den Reichsarbeitern, denen der Post und Eisenbahn gegeben wird.

Es folgen die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge. Noch vor der Abstimmung gab Graf Westarp für die Deutschnationalen eine Erklärung ab, die besagte, daß sie mit der Begründung, die dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum gegeben worden sei, keineswegs einverstanden sei. Um zu bekunden, daß sie die „Verdächtigungen der Reichswehr" „mit Entrüstung und Entschiedenheit" zurückweisen,

lehnten die Deutschnationalen das Mißtrauensvotum gegen Geßler ab.

Die Zustimmung zu dem allgemeinen Mißtrauensvotum begründete Graf Westarp folgendermaßen: „Die letzte Zeit hat klar und unwiderleglich den Nachweis erbracht, daß eine Regierung der Mitte, die ihre Politik auf wechselnde Mehrheiten zu stützen sucht, nicht möglich ist. Der Versuch, die fehlende Stütze durch einseitige Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zu gewinnen, ist, wie wir von vornherein erwartet haben, nun endgültig gescheitert. Im Interesse des Landes, aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen Gründen, muß endlich eine stabile Regierung mit klaren Mehrheitsverhältnissen geschaffen werden. Aus den stattgefundenen Verhandlungen und Besprechungen haben wir nicht die Gewähr entnehmen können, daß der dazu erforderliche Entschluß nunmehr gefaßt werden wird. Es handelt sich bei den gegenwärtigen Abstimmungen also um die Herbeiführung der notwendigen Klarheit, nicht um eine Stellungnahme zu der Regierungspolitik der Vergangenheit und der Zukunft."

Die folgende Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett ergab die Annahme mit 249 gegen 171 Stimmen. Damit ist das Kabinett Marx gefallen. Der Reichstag vertagte sich bis zum 19. Januar.

Die Minister verlassen darauf den Sitzungssaal. Der Präsident entläßt das Haus mit den besten Weihnachtswünschen. Er schließt mit den Worten: „Frohes Fest!"

*

„Frohes Fest!" — Warum nicht? Wir haben ja auch eine schöne Bescherung!

Eine volksparteiliche Absage an die Deutschnationalen.

Berlin, 17. Dez. Die „Nationalliberale Korrespondenz", das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt zum Sturz des Kabinetts Marx u. a.: Die Minderheitsregierung ist gefallen, nicht weil ihre politische Leistung versagt hätte, sondern weil die Parteien rechts und links sich in dem Drange, zur Macht zu gelangen, zu ihrem Sturze zusammenfanden. Die Deutschnationalen hatten die Gewißheit, daß die Deutsche Volkspartei für eine Erweiterung der Regierung nach rechts eintreten würde, wenn die Partei des Grafen Westarp zur Abwehr der sozialdemokratischen Anträge beigetragen hätte. Auch Reichskanzler Marx hatte den Deutschnationalen erklärt, daß ein Kabinett der Großen Koalition jetzt nicht in Frage kommen könne. Trotzdem hat die Deutschnationale Volkspartei den Weg der äußersten Opposition beschritten, ohne Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Folgen. Die Deutsche Volkspartei, die in jedem Stadium der Verhandlungen das Ziel der Schaffung einer tragfähigen Regierung im Auge behalten hat, lehnt jede Verantwortung für diese Krise ab.

Die Berliner Presse zum Sturz des Kabinetts Marx.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt unter der Ueberschrift „Der Weg ist frei": Durch das gestrige aktive Eingreifen der Deutschnationalen ist die Bereitwilligkeit der Teilnahme an der Verantwortung nur noch unterstrichen worden, denn sie haben damit den toten Punkt ihrerseits überwinden helfen. Die nächste Initiative liegt beim Reichspräsidenten. Die „Kreuzzeitung" betont: Im Vordergrund auch der kommenden Verhandlungen über die Regierungsbildung wird der Schutz der Reichswehr stehen, die unter keinen Umständen der Sozialdemokratie ausgeliefert werden darf. Die große Fülle anderer innerpolitischer Erwägungen tritt davor zurück. Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt, daß die Bereitschaft der Deutschnationalen zur Beteiligung an der Regierungsverantwortlichkeit unverändert andauere und daher Berücksichtigung als wesentlichstes Moment der Verhandlungen erheische. Der „Lokalanzeiger" hebt hervor: Daß der Kurs der Außenpolitik unverändert bleiben muß, wird von den meisten Parteien für selbstverständlich gehalten. Die „Tägliche Rundschau" sagt: Bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ist es ganz unmöglich, eine Regierung unter Umgehung der Mitte zu bilden. Deshalb ist auch der Gedanke der Weimarer Koalition überhaupt nicht diskutierbar. In der „Germania" heißt es, das Endresultat wäre also dieses: Beide Flügelparteien haben gesündigt und parteiliche Bedenken über staatspolitische Gesichtspunkte gestellt. Daraus ergeben sich für das Zentrum bestimmte Richtlinien. Es ist in seinen Entschlüssen völlig frei, nach keiner Seite hin gebunden und kann seine Entschließungen in voller Unabhängigkeit fassen. Das „Berliner Tageblatt" sieht den einzigen Ausweg aus der Krise in der Wiederherstellung derselben Koalition mit anderen Personen und mit dem Ziel, die Große Koalition später zu bilden. Der „Vorwärts" schließt seine Ausführungen mit den Worten: Läßt sich das Zentrum nicht zum Bürgerblock zwingen, dann bleibt nur zweierlei: es muß mit der Sozialdemokratie regiert werden, oder der Reichstag muß aufgelöst werden.

SLUB
Wir führen Wissen.